

„Was die türkische Regierung unter Terrorismus bzw. Terroristen versteht...“

Quelle: *privatdepesche* Nr.17/18

Wenn die türkische Regierung von „*Terroristen*“ spricht, meint sie oft ihre Kritiker

Am 19. März demonstrierte eine Gruppe von Studenten der Universität Bojazici in Istanbul, der führenden türkischen Hochschule, gegen eine Veranstaltung auf dem Campus. Die Veranstaltung wurde von der Gesellschaft für Islamische Forschung organisiert, um die türkischen Soldaten zu verteidigen, die an der Invasion in Afrin teilgenommen hatten.

Während die regierungsfreundlichen Studenten türkische Leckereien verteilten, entfalteten die Gegendemonstranten ein Banner mit der Aufschrift: *„Invasionen und Massaker sind nicht mit Freuden zu feiern“*, berichtet die in den USA lebende türkische Journalistin *Uzay Bulut* in einer Studie des *„Gatestone Instituts“*.

Der türkische Präsident *Recep Tayyip Erdogan* (64) reagierte mit der Verhaftung der Antikriegsstudenten wegen der *Verbreitung von „terroristischer“ Propaganda*. Am 3. April verhaftete ein türkisches Gericht neun von ihnen und ließ die anderen sechs bis zu ihrem Prozess frei.

Um gegen einen „beunruhigenden Trend der Kriminalisierung von politischer Rede und Dissens in der Türkei“ zu protestieren, unterzeichneten über 1.800 renommierte Wissenschaftler aus aller Welt, darunter Nobel- und Pulitzerpreisträger, einen „Offenen Brief zur Unterstützung von Studenten, die an der Universität Bojazici verhaftet wurden“.

In dem Brief steht, unter anderem: „Die Verhaftungen auf dem Campus sowie die anschließenden Raids der Polizei auf Studentenwohnheime und Schlafsäle setzen einen beunruhigenden Trend der Kriminalisierung politischer Äußerungen und Meinungsverschiedenheiten in der Türkei fort.“ Erdogan habe „diese Studenten zynisch als 'Terroristen' bezeichnet und geschworen, sie von der Universität Bojazici auszuschließen und ihnen das Recht zu verweigern, an einer anderen Universität zu studieren“, heißt es weiter.

→ *„Wir haben diese Art von verbalen Angriffen schon einmal von Erdogan gehört, und es folgte die Inhaftierung von Tausenden von Akademikern, Journalisten, Künstlern und Menschenrechtsaktivisten“*, erinnert der Offene Brief: *„Wir fordern die türkische Regierung auf, alle Untersuchungen und Verhaftungen von Studenten, die die politische Rede ausüben, unverzüglich einzustellen.“*

Die Einschränkung der Redefreiheit ist in Erdogans Türkei nichts Neues. Wer es wagt, die offizielle Version der Regierung in Frage zu stellen, läuft Gefahr, ins Visier genommen und bestraft zu werden. Er kann sich darauf berufen, dass in westlichen Ländern, insbesondere in der moralisch überlegenen BRD, das in ähnlich gelagerten Fällen auch gängige Praxis ist.

Uzay Bulut führt als Beispiel den Fall der amerikanischen Akademikerin *Norma Jeanne Cox* (1923-†2015) an. Nach einem Aufbaustudium an der Universität Bojaziçi arbeitete Cox 1983 als Dozentin an der Universität Istanbul und an der Technischen Universität Nahost in der Südtürkei.

→ Dort diskutierte sie mit ihren Studenten und Kollegen über den Völkermord an den Armeniern von 1915 und die Zwangsassimilation der Kurden und protestierte gegen den Film *„The Last Temptation of Christ“*. Für diese *Verbrechen* wurde sie verhaftet, entlassen und schließlich deportiert. Das Innenministerium behauptete, Cox sei wegen *„ihrer separatistischen Aktivitäten, die mit der nationalen Sicherheit unvereinbar waren“*, ausgewiesen und für die Wiedereinreise in die Türkei gesperrt worden.

In einer Klage, die sie beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) für Menschenrechte eingereicht hatte - der die Türkei 2010 wegen *Verletzung ihrer Meinungsfreiheit* verurteilte argumentierte Cox, dass ihre Rechte von der Türkei wegen ihres christlichen Glaubens und ihrer abweichenden Meinungen verletzt worden seien.

Seither hat sich wenig geändert. Am 11. Januar 2016 wurden Mitglieder von „Akademiker für den Frieden“, die Gewaltlosigkeit zwischen türkischer Regierung und Kurden gefordert hatten, von der Polizei festgenommen, für Auslandsreisen gesperrt, Verhören unterzogen und wegen „Propaganda für eine terroristische Organisation“ entlassen.

Am 13. Januar 2017 wurde ein armenischer Parlamentsabgeordneter, *Garo Paylan* (46) von der *Oppositionspartei HDP*, wegen einer Rede, in der er davor warnte, die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen, von drei Parlamentssitzungen suspendiert.

→ *„Zwischen 1913 und 1923 wurden Armenier, Griechen, Syrer und Juden [...] entweder mit Völkermorden und großen Massakern ins Exil geschickt, oder einem Bevölkerungsaustausch unterzogen“*, hatte Paylan gesagt. Alle Erwähnungen, die er über den Völkermord an den Armeniern machte, wurden aus dem Parlamentsprotokoll gestrichen.

Am 5. Januar 2018, während einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem französischen *Präsidenten Emmanuel Macron* (40) im Elyse-Palast in Paris, beschuldigte Erdogan Mitglieder der Medien, den Terrorismus zu fördern. Damit konterte er Macrons Besorgnis über das Vorgehen der türkischen Regierung gegen Studenten, Lehrer und Journalisten:

❖ *„Terror bildet sich nicht von selbst. Terror und Terroristen haben Gärtner. Diese Gärtner sind die Menschen, die als Denker angesehen werden, und eines Tages tauchen diese Leute als Terroristen vor Ihnen auf“*, dozierte Erdogan in seiner blumig orientalischen Art.

Erdogans Definition von „Terrorismus“ erscheint verzerrt, wie die Anti-Terror-Gesetze, die häufig von der Regierung missbraucht werden, um friedliche Demonstranten festzunehmen und einzusperren - eine Praxis, die bereits in einem Bericht von *Human Rights Watch* (HRW) von 2010 mit dem Titel: *„Protestieren als terroristische Straftat“* kritisiert wird.

Unterdessen verschließen die türkischen Behörden die Augen vor den tatsächlichen terroristischen Aktivitäten im und für das Land. Ankara tut nichts, um ISIS daran zu hindern, Jesidenfrauen und Jesidenkinder in der Türkei zu verkaufen, schreibt Bulut.

Erdogan erlaubt es einer unkontrollierten Anzahl von Menschen, türkisches Territorium als Übertrittsort nach Syrien und in den Irak zu nutzen, um sich ISIS oder anderen dschihadistischen Gruppen anzuschließen. Die Türkei beherbergt und unter-stützt die Hamas, eine terroristische Organisation, die stolz auf Zivilisten zielt und geschworen hat, Israel zu vernichten; und Ankara ermöglicht den Dschihad-Terrorismus durch schwarzen Ölhandel.

Die Türkei, ein NATO-Verbündeter - der sich als würdiger Kandidat für die EU-Mitgliedschaft betrachtet - unterstützt Terroristen, die Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begehen, verfolgt aber gewaltfreie Akademiker und Journalisten, deren Ansichten von denen des Regimes abweichen.

Uzay Buluts Fazit:

→ „Diese Tatsachenverdrehung ist nicht nur surreal, sie ist tödlich.“